

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Arm sein im reichen Bayern – SPD-Fraktion stellt
Maßnahmen- und Antragspaket für mehr sozia-
le Gerechtigkeit vor

Pressekonferenz mit

Angelika Weikert, MdL, Vorsitzende des Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Ruth Waldmann, MdL, und Doris Rauscher, MdL,
Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Familie
und Integration

18. April 2016, 12.00 Uhr
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag



BayernSPD Landtagsfraktion
Arbeitskreis Arbeit und Soziales, Familie und Integration

München, 18.4.2016

Arm sein im reichen Bayern Die Forderungen der BayernSPD-Landtagsfraktion

ZUSAMMENFASSUNG

Bayern ist ein reiches Land – gleichzeitig aber wächst die Armut im Freistaat immer weiter: Seit 2006 ist sie jedes Jahr gestiegen! Die BayernSPD-Landtagsfraktion will dieser besorgniserregenden Entwicklung nicht tatenlos zusehen und hat deshalb ein umfassendes Antragspaket („Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen“) in den Bayerischen Landtag eingebracht, mit dem sich der federführende Sozialausschuss am 21. April 2016 befassen wird.

Darin fordern wir:

- eine bessere Arbeitsmarktintegration benachteiligter bzw. besonders förderbedürftiger Personengruppen (z.B. Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung)
- einen besseren Arbeitnehmerschutz (z.B. durch die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen)
- eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z.B. durch Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur und der Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen)
- einen besseren Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche (z.B. durch eine Kindergrundsicherung)
- bezahlbaren Wohnraum für alle (z.B. durch die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft)

Wir sind der Überzeugung: Der Staat steht in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor Armut zu schützen. Ohne spezifische staatliche Unterstützungsmaßnahmen bleiben viele Personengruppen auf der Strecke – trotz guter wirtschaftlicher Gesamtlage im Freistaat. Unser zentrales Anliegen ist dabei die Stärkung der Erwerbsbiographie. Denn: Gute Arbeit ist der beste Schutz vor Armut!

ARMUT IN BAYERN – DIE ZAHLEN

Im aktuellen Datenreport „Soziale Lage in Bayern 2014“, dessen Herausgeber das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration ist, wird deutlich: Die Armut in Bayern wächst von Jahr zu Jahr. Seit 2006 vergrößerte sich die Zahl der armutsgefährdeten



Personen* von rund 1,61 Mio. (2006) auf 1,76 Mio. (2013). Die aktuelle Armutsgefährdungsquote (2013) beträgt somit 14,6 Prozent (2006: 13,5 Prozent).

Deutlich erhöhte Quoten weisen u.a. erwerbsfähige Arbeitslose (49,3%), Über-65-Jährige (22,4%), Alleinerziehende (42,0%) und Menschen mit Migrationshintergrund (23,3%) sowie ohne deutsche Staatsangehörigkeit (27,1%) auf. Auch Menschen mit Behinderung sind überdurchschnittlich stark armutsgefährdet: Bei Menschen mit leichter Behinderung beläuft sich die Quote auf 16,4%, bei Menschen mit schwerer Behinderung auf 22,0%.

*[*Grundlage der Armutsgefährdungsquote ist das mittlere Einkommen des Bundeslandes (Landesmedian); als armutsgefährdet gilt demnach, wer weniger als 60% des landesweiten Durchschnittseinkommens besitzt]*

DAS ANTRAGSPAKET „ARM SEIN IM REICHEN BAYERN – PROBLEME UND LÖSUNGEN“ DER BAYERNSPD-LANDTAGSFRAKTION

Das Antragspaket der SPD-Fraktion, das der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration am 21. April 2016 beraten wird, umfasst folgende zwölf Einzelanträge:

Allgemeine arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum Schutz vor Armut

1. **Langzeitarbeitslose bei Stellenbesetzungen des Freistaates und seiner Beteiligungsgesellschaften stärker berücksichtigen!**
Die Bekämpfung der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der zentralen Herausforderungen für die bayerische Arbeitsmarktpolitik. Hier kann – und muss – der Freistaat aktiv werden, z.B. indem er in seiner Rolle als öffentlicher Arbeitgeber Langzeitarbeitslose bei Stellenbesetzungen stärker berücksichtigt und auch bei Unternehmen, an denen er Beteiligungen hält, darauf hinwirkt.
2. **Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen**
Vor wenigen Wochen präsentierte das Bundesarbeitsministerium einen Gesetzentwurf, der die stärkere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen vorsieht – ein Projekt, das die Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag verankert hat. Der Gesetzentwurf geht nach Abschluss des Koalitionsgipfels in die Ressortabstimmung. Wir fordern nun die CSU auf, diesen Gesetzentwurf nicht weiter zu blockieren.
3. **Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!**
Je schlechter der Übergang von der Schule ins Berufsleben gelingt, desto höher sind die Risiken, von Arbeitslosigkeit, unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen sowie langfristig von Armut betroffen zu sein. Durch individuelle Förderung und Beratung mit möglichst niedrigschwelligem Zugang kann diesen Risiken entgegengewirkt werden. Dazu hat sich an vielen Standorten das Modell der „Jugendberufsagenturen“ bewährt. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, diese flächendeckend einzurichten!



Schutz vor Armut für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern

4. Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Betreuungsinfrastruktur anpassen!

Die Betreuungsinfrastruktur hinkt in Bayern noch immer dem Bedarf an Betreuungsplätzen weit hinterher: Derzeit gibt es in Bayern nur für 28% der Kinder einen Krippenplatz – nach unabhängigen Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts läge der Bedarf im Schnitt jedoch bei 41%. Dies wollen wir ändern. Außerdem fordern wir die Förderung von zusätzlichen Öffnungstagen in den Kindertageseinrichtungen, um eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

5. Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen verbessern!

Um Alleinerziehende und ihre Kinder besser vor Armut zu schützen, muss sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass alleinerziehende Eltern bei der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz passgenaue Unterstützung und Beratungsangebote erhalten. Zudem fordern wir, die Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen für Alleinerziehende zu verbessern, indem die finanzielle Unterstützung während der Ausbildung gesichert und die Rahmenbedingungen der Ausbildung den besonderen Bedürfnissen alleinerziehender Frauen und Männer angepasst werden.

6. Kindergrundsicherung zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche etablieren!

Eine Möglichkeit, der Armut von Kindern und Jugendlichen von Beginn an zu begegnen, ist die Einführung einer nach Einkommen gestaffelten Kindergrundsicherung: Mit dieser werden Benachteiligungen, die auf einen Mangel an Einkommen und Ressourcen der Eltern zurückzuführen sind, effektiv ausgeglichen – sei es beim gleichberechtigten Zugang zu Bildung, zu Freizeitaktivitäten oder zur gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, sich auf Bundesebene für eine solche Kindergrundsicherung einzusetzen!

7. Kommunale Präventionsketten zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche!

Sogenannte Kommunale Präventionsketten haben sich in mehreren Kommunen Nordrhein-Westfalens bereits bewährt. Dabei werden die verschiedenen Hilfs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche der Kommunen gebündelt und passgenau zur Verfügung gestellt werden – von der Geburt bis zum Berufseinstieg. Wir fordern ein Modellprojekt für Bayern sowie die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle zur Begleitung der ausgewählten Modellkommunen.

Schutz vor Armut für Menschen mit Behinderung

8. Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Menschen mit Behinderung durch Erhöhung der Ausgleichsabgabe

Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen sind laut Sozialgesetzbuch dazu verpflichtet, auf mindestens 5% dieser Plätze schwerbehin-



derte Menschen zu beschäftigen – ansonsten droht eine Ausgleichsabgabe. In Bayern liegt die Quote der mit schwerbehinderten Personen besetzten Arbeitsplätze unter dem Bundesdurchschnitt. Wir fordern daher, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen. Mit den zusätzlichen Einnahmen wollen wir verstärkt Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt fördern.

9. Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung

Die Beschäftigungsrate von Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt ist sehr gering. Um die berufliche Wiedereingliederung dieser Personengruppen zu verbessern, fordern wir, den Ansatz der sogenannten Unterstützten Beschäftigung stärker zu befördern und umzusetzen. Ziel der Unterstützten Beschäftigung ist es, behinderten Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung jenseits der Werkstätten zu ermöglichen und zu erhalten.

10. Barrierefreier Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für Menschen mit Behinderung noch immer mit einer Vielzahl von Barrieren versehen. Wir fordern die Staatsregierung auf, diese Barrieren zu beseitigen, indem sie bspw. (auch auf Bundesebene) Initiativen zur Einführung eines dauerhaft finanziellen Leistungsausgleichs für Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen, sowie zur Ausweitung von personenzentrierten Unterstützungsleistungen (Budget für Arbeit, Arbeitsassistenten etc.) unterstützt

11. Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderung

Was Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderung im Freistaat anbelangt, besteht derzeit eine Fülle offener Fragen, zu deren Beantwortung wir die Staatsregierung mit diesem Antrag auffordern, bspw.: Welche Unterstützungsangebote gibt es für Eltern von Kindern mit Behinderung in einer festen Anstellung? Wie kann einer drohenden Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden mit einem Kind mit Behinderung begegnet werden? Welche Konzepte und Programme liegen vor und wären sinnvoll, um Eltern von Kindern mit Behinderung den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern? Auf Basis der Antworten wird die SPD-Fraktion mögliche Handlungsbedarfe benennen und ggf. entsprechende Forderungen an die Staatsregierung richten.

Schutz vor Armut durch wohnungspolitische Maßnahmen

12. Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft

Wohnen wird immer mehr zur Armutsfalle – nicht nur für Geringverdiener/innen, sondern zunehmend auch für Normalverdiener/innen, insbesondere in Ballungsgebieten. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist deshalb nötiger denn je! Wie wir bereits in mehreren Anträgen dargelegt haben, halten wir 100.000 staatlich geförderte Wohnungen innerhalb der nächsten fünf Jahre für notwendig, um der Wohnungsnot wirksam



begegnen zu können. Hierfür sind große staatliche Anstrengungen vonnöten. Deshalb fordern wir die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, die aus Landesmitteln finanziert wird und sich dem Ziel verschreibt, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, um das Marktversagen der vergangenen Jahre soweit wie möglich zu korrigieren.

WEITERE FORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Auch über das Antragspaket „Arm sein im reichen Bayern – Problem und Lösungen“ hinaus bleibt die BayernSPD-Landtagsfraktion dran am Thema Armutsbekämpfung. Denn die Zahlen zeigen unmissverständlich: Es gibt noch viel zu tun!

Wir fordern deshalb:

- eine umfassende Rentenreform, wie sie durch die Arbeitsministerin Andrea Nahles für den Herbst 2016 angekündigt wurde
- mehr Verteilungsgerechtigkeit, z.B. durch eine Reform der Erbschaftssteuer und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes
- eine Fortführung der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik – für uns gilt hier weiterhin: keine Abstriche beim Mindestlohn!
- ein umfassendes „Recht auf Weiterbildung“
- eine moderne Familienpolitik – mit Leistungen und Maßnahmen, die den Familien wirklich zu Gute kommen (neben den Punkten, die im Antragspaket benannt sind, zählen hierzu bspw. ein Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit von 30 Stunden pro Woche, flächendeckende Familienstützpunkte (und eine Verstärkung der Finanzierung der bereits bestehenden Familienstützpunkte), ein sozialdemokratisches Familiensplitting statt Ehegattensplitting sowie das Ziel der Kostenfreiheit von Bildung und Betreuung)

Hierbei werden wir uns auch weiterhin eng mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Kommunalverwaltungen abstimmen.

Angelika Weikert, Sozialpolitische Sprecherin

Doris Rauscher, Familienpolitische Sprecherin

Ruth Waldmann, Sprecherin für Politik für Menschen mit Behinderung